

mitgeteilten 34 Berichte. In dem letzten Berichte vom 23. Dezember 1713 schließt er wie folgt: „Da ich dann auch wegen meiner erhaltenen Land Rentmeister Stelle des Herzogthums Magdeburg die sonst geführte Correspondenz nicht länger continuiren kann, gestalten ich gleich nach dem Weynachtsfest dahin abzureisen werde, so danke Ew. Hochfürstl. Dchl. ich ganz unterthänigst, für alle Dero mir erzeigte Gnade, welcher auch mich noch ferner überlassen und zu allen Diensten noch schuldigster maßen erbiethet. Und dafern Deroselben einen andern Correspondenten in ganz unmaßgebl. Vorschlag bringen sollte, wüßte ich wohl keinen capablen dazu, als den Herrn Orthgiesen, gewesenen Geh. Secretarium am Hannoverschen Hofe, welcher sein Dvoir nicht nur wohl thun, sondern auch die Correspondenz um eben solch Salarium gern und willig übernehmen wird. Zu dem bevorstehenden Neuen Jahre wünsche Ew. Hochfürstl. Dchl. alles hochfürstliche Wohlergehen!“

Der so empfohlene zweite Berichterstatler, der von 1714 ab den Ostfriesischen Hof mit Berliner Nachrichten versehen sollte, war dem Fürsten Georg Albrecht genehm, so daß er unter dem 15. Januar 1714 die Bestallung für den „hochgelahrten Secretarium Franz Hermann Orthgies“ als Korrespondenten mit einem jährlichen Salarium von 100 Thalern ausfertigen ließ. Orthgies schrieb bis 1717 für den Auricher Hof; dann verschwindet er, bis ihn im Jahre 1735 sein Geschick ereilte und er Berlin verlassen mußte. Am 10. Februar 1735 wurde Orthgies vor die Minister in Berlin gefordert und vernommen und am 12. Februar auf die Hauptwache gesetzt, wo er fünf Monate in seinem unglücklichen Arrest verblieb. Mit seiner Freiheit wurde ihm zugleich die Ausweisung zu teil.

Der ungemein vielseitige Inhalt der Friedlaenderschen Sammlung von Berliner geschriebenen Zeitungen gestattet sehr interessante Einblicke in das Berliner Leben und Treiben und bietet eine Fülle von pikanten Einzelheiten und Ergänzungen zur Kulturgeschichte des von den Berichten umrissenen Zeitabschnitts.

### Kleine Mitteilungen.

Post. — Dem Bescheide des königlich bayerischen Staatsministeriums des Innern auf den Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer für Oberbayern entnimmt die Allgemeine Zeitung folgendes:

Verbesserung der Paketpostverbindungen München-Berlin. Die längere Beförderungsdauer für gewöhnliche Paketsendungen von Berlin nach München erscheint in dem Umstande begründet, daß die Schnellzugsbenutzung aus Rücksichten des Eisenbahnbetriebes im allgemeinen unthunlich ist. Aus den gleichen Erwägungen würde es aber auch nicht angängig sein, in den Postzügen neben den kursmäßigen Bahnpostwagen noch besondere direkte Paketwagen Berlin-München mitzuführen, für die übrigens in der Richtung von München eine volle Ausnutzung kaum geboten wäre. Durch das Umladen der Pakete in Hof wird auch für solche Sendungen, die infolge außerordentlichen Verkehrsandranges oder verspäteten Eintreffens der sächsischen Anschlußzüge dort augenblicklich zurückgehalten werden müssen, eine nennenswerte Transportverzögerung nicht verursacht, da durch die zahlreichen und günstigen Zugverbindungen von Hof nach München über Regensburg und Bamberg-Mürnberg die rascheste Weiterleitung sichergestellt ist. Bei Versendung mehrerer Pakete mit einer Begleitadresse läßt es sich nicht gänzlich vermeiden, daß zusammengehörige Stücke auf der Umladestation oder vielfach schon im Aufgabebort selber von einander getrennt werden und mit verschiedenen Postkursen am Bestimmungsort eintreffen. Die der ordnungsmäßigen Beförderung und Zustellung solcher Sendungen entgegnetenden Schwierigkeiten bieten auch den Anlaß, daß die Befugnis, mehrere Pakete mit einer Postpaketadresse zu versenden, in Zeiten gesteigerten Verkehrs jeweils aufgehoben wird.

Post. — Bei Postpaketsendungen nach Frankreich dürfen die Abschnitte der Begleitadressen nur zur Angabe des Namens und der Wohnung des Absenders benutzt werden, nicht zu anderen Mitteilungen.

Zahlungen an Handlungsreisende. — Das Landgericht Halle als Berufungsinstanz hat nach einer Mitteilung der Zeitschrift „Das Recht“ (Hannover, Helwing) folgende Entscheidung gefällt:

„Allerdings gelten nach § 55 des Handelsgesetzbuches die Reisenden für ermächtigt, den Kaufpreis aus den von ihnen abgeschlossenen Verkäufen einzuziehen. Diese Berechtigung wird indes beseitigt durch den Vermerk auf der Rechnung: „Zahlung belieben Sie stets an uns direkt zu leisten“. Hat der Käufer diesen Vermerk übersehen oder wieder vergessen, so schließt ihn das nicht, da er dann ohne die im Verkehr erforderliche Sorgfalt ge-

handelt hat. Unerheblich ist, daß die Rechnung und der streitige Druckvermerk vom Verkäufer nicht besonders unterschrieben war.“

Die Verantwortlichkeit des Verbreiters einer Druckschrift für deren Inhalt. — Druckschriftenhändler sind für den Inhalt der Druckschrift verantwortlich — diesen alten Rechtsgrundsatz, der leider im Buchhandel immer noch nicht so bekannt ist, wie er sein sollte, hat dieser Tage der Strafsenat des Kammergerichts in Berlin neuerdings bestätigt. Die „Papier-Zeitung“ entnimmt dem „Berliner Tageblatt“ folgenden Bericht über die entsprechende Verhandlung: In der am 21. September v. J. erschienenen Nr. 39 des „Kleinen Wigblattes“ war unter anderem ein Artikel enthalten, den die Polizeibehörde und später auch die Gerichte für unsittlich erachteten. Nach § 56, 12 der Gewerbeordnung sind vom Feilbieten im Umherziehen und nach § 42a auch vom Feilbieten auf den öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen ausgeschlossen: Druckschriften u. s. w., insofern sie in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergernis zu erregen geeignet sind. Der Druckschriftenhändler Diedmann, der am Nachmittag des 21. September 1901 gegen 5 Uhr eine größere Anzahl der Nr. 39 des „Kleinen Wigblattes“ erhalten hatte, bot dieses Blatt am Jannowitz-Bahnhofe in Berlin dem Publikum feil. Erst längere Zeit darauf hat das Polizeipräsidium den Straßenverkauf der gedachten Druckschrift wegen ihres unsittlichen Inhalts verbieten lassen, und mit dem Augenblick des Bekanntwerdens dieses Verbots hat Diedmann das Feilbieten der Druckschrift eingestellt. Dennoch ging ihm eine Anklage wegen Uebertretung der § 42a, 56 und 149 der Gewerbeordnung zu. Er entschuldigte sich vor Gericht damit, daß er bei seinem schlechten Augenlicht gar nicht in der Lage war, den Inhalt der von ihm verkauften Druckschrift zu prüfen. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu 3 M Geldstrafe, bezw. einem Tag Haft, und die achte Strafkammer des Landgerichts I verwarf die von ihm dagegen eingelegte Verurteilung. Der Angeklagte ging auch noch an das Kammergericht, von dem er seine Freisprechung erbat, da er doch nichts Unrechtes begangen habe. Als er von dem polizeilichen Verbot der Nr. 39 des „Kleinen Wigblattes“ Kenntnis erhielt, habe er den Verkauf desselben sofort eingestellt, mithin sei eine verbotene Druckschrift von ihm zu keiner Zeit feilgeboten worden. Der Senat erkannte auf Zurückweisung der Revision, da zur Anwendung des Strafgesetzes ein Verbot der Druckschrift gar nicht erforderlich sei, es vielmehr genüge, daß sie objektiv geeignet sei, in sittlicher Beziehung Aergernis zu erregen.

Neue Bücher, Kataloge etc. für Buchhändler.

Juristische Novitäten. Internationale Revue über alle Erscheinungen der Rechts- und Staatswissenschaften nebst Referaten über interessante Rechtsfälle und Entscheidungen. Verlag von Johann Ambrosius Barth in Leipzig. VIII. Jahrgang. No. 4, 15. April 1902. 8°. S. 49—64.

Verschiedene Wissenschaften. Catalogue de livres d'occasion (No. 219, 15. avril 1902) de la Librairie Dorbon Père, Lucien Dorbon fils, successeur, 6 Rue de Seine à Paris. 8°. 68 p. 1179 Nrn.

Das Recht. Rundschau für den deutschen Juristenstand. Hrsg. v. Dr. Hs. Th. Soergel in Freilassing. Hannover, Helwingsche Verlagsbuchhandlung. VI. Jahrgang, Nr. 7. (10. April 1902.) 4°. S. 165—192.

Enthält viele Bücherbesprechungen.

Kompendien-Kataloge. Sommer-Semester 1902. Herausgegeben und verlegt von K. F. Koehler Barsortiment in Leipzig.

I. Theologie, Orientalische Sprachen, Philosophie, Pädagogik. 16°. 88 S.

II. Jurisprudenz und Staatswissenschaften. 16°. 88 S.

III. Medizin und Naturwissenschaften. 16°. 112 u. 16 S.

IV. Philologie und Sprachwissenschaft, Literaturgeschichte, Geschichte, Kunst, Musik, Geographie, Länder- und Völkerkunde. 16°. 128 S.

V. Bau- und Ingenieurwissenschaften, Chemische Technologie, Gewerbe und Handel. 16°. 188 S.

VI. Naturwissenschaften, niedere und höhere Mathematik, Land- und Forstwirtschaft. 16°. 80 S.

Schwäbischer Schillerverein. — Der Schwäbische Schillerverein wird seine diesjährige Hauptversammlung am 26. April in Marbach abhalten. Mit der Tagung wird eine Besichtigung des Standes der Bauarbeiten am Schiller-Museum, des Schiller-Denkmal und des Schiller-Hauses verbunden sein. Am 27. April soll im Wilhelm-Theater in Cannstatt eine Aufführung der „Räuber“ folgen.

Kunstdruck- und Verlagsanstalt Bezel & Raumann A.-G. in Leipzig. — Die Generalversammlung wird am 6. Mai, nachmittags 3½ Uhr, im „Sachsenhof“ zu Leipzig stattfinden.